



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 8. November 2024

### **Vorschau auf die Kantonsratsitzung vom Montag, 11. November 2024**

Fokusthemen: **Bildung und Wahlen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Wahl von zwei neuen Mitgliedern des EKZ-Verwaltungsrates und des ZKB-Bankrates ausführlich über die Jahresberichte der Hochschulen diskutieren. Anschliessend steht die Abschreibung von drei Postulaten an. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird der Rat ein paar Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen.*

#### **Umstrittene Wahl von neuem Mitglied des ZKB Bankrates**

Zu Beginn der Sitzung stehen zwei Wahlgeschäfte an. Während die erste Wahl ohne jegliche Zwischentöne stattfinden dürfte, ist der Verlauf der zweiten derzeit noch offen. Als unumstrittener Nachfolger von Peter Reinhard im Verwaltungsrat der EKZ schlägt die Interfraktionellen Konferenz (IFK) SVP-Altkantonsrat Christian Lucek vor ([KR-Nr. 221/2024](#)). Indes ist zur Wahl eines neuen Mitglieds des ZKB-Bankrates für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 für den zurücktretenden Walter Schoch in der IFK kein einstimmiger Wahlvorschlag zustande gekommen ([KR-Nr. 31/2024](#)). Was bedeutet das? Die Sitze im Bankrat werden nach Parteienproporz vergeben. Die Partei, die Anspruch auf den freiwerdenden Sitz hat, in diesem Fall die SVP, kann einen Kandidaten vorschlagen, dessen Wählbarkeit zuvor von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) geprüft worden sein muss. Offenbar ist es der SVP aber nicht gelungen, alle anderen Fraktionen von den Qualitäten ihres Kandidaten zu überzeugen. Beobachter gehen deshalb davon aus, dass eine Fraktion beantragen wird, statt einer offenen eine geheime Wahl durchzuführen. Am Ausgang der Wahl dürfte dies allerdings wenig ändern. Für die Wahl genügt eine einfache Mehrheit. Und weil die Finma-Überprüfung eine Wahlbedingung ist, sind nur wenige andere Kandidatinnen oder Kandidaten überhaupt wählbar.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

#### **Jahresberichte der Fachhochschulen und der Universität sollen genehmigt werden**

Nicht umstritten sind die Jahresberichte der drei Zürcher Fachhochschulen (ZFH) ([5949](#)) und der Universität Zürich (UZH) ([5950](#)). Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Berichte zu genehmigen. Dennoch wird die Behandlung der beiden Geschäfte erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Die acht Fraktionen im Rat nutzen jeweils die Möglichkeit, um auf für sie relevante Punkte in den Berichten der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), der Pädagogischen Hochschule (PHZH) sowie der UZH hinzuweisen. Mit ihrer Berichterstattung zu den Jahresberichten der Hochschulen legt die ABG gleichzeitig Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle. In ihrem Tätigkeitsbericht legte die ABG den Fokus auf die Umsetzung der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen, den Abschluss verschiedener Untersuchungen und den Leistungsauftrag der PHZH.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

#### **Mensa-Menüs sollen nachhaltiger und tierfreundlicher werden**

Abschreiben wird der Kantonsrat das traktandierte Postulat von Grünen, SVP, SP und Mitte betreffend «Mensen». Das ist an und für sich nichts Besonderes. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat

vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die umstrittene Frage wird am Montag sein, ob der Rat den Vorstoss direkt oder mit einer abweichenden Stellungnahme abschreiben wird, wie das die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) mit 8 zu 7 Stimmen beantragt ([KR-Nr. 92/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert aufzuzeigen, wie das Angebot der kantonalen und kantonsnahen Verpflegungsstätten regionaler und saisonaler und dadurch nachhaltiger werden kann. In seinem Bericht hat der Regierungsrat die laufenden und geplanten Massnahmen dargelegt. In der abweichenden Stellungnahme will die Kommissionsmehrheit das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen gewährleisten und festhalten, dass es mehr Zwischenziele und zu diesen ein Monitoring braucht. Zudem soll in Mensen künftig Fleisch aus ausschliesslich tierfreundlicher Haltung angeboten werden. Eine Minderheit aus SVP, FDP und EVP will das Postulat direkt abschreiben. Sie zeigt sich mit dem Bericht des Regierungsrates zufrieden. Dieser hatte nicht zuletzt geltend gemacht, dass Änderungen beim Fleischangebot zu einer Erhöhung der Menüpreise führen könnten, wohingegen das Angebot in Mensen von Bildungsstätten finanziell attraktiv bleiben soll.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28\$

Minderheit: Markus Bopp (SVP, Otelfingen), 079 609 49 90

### **Flächendeckende Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt in Schulen gefordert**

Ebenfalls abgeschrieben werden zwei Postulate, mit denen Berichte zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt im schulischen und ausserschulischen Bereich gefordert wurden. Während die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) dem Kantonsrat einstimmig beantragt, das Postulat von Mitte, SVP, SP, FDP, GLP, Grünen und AL betreffend «Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im ausserschulischen Bereich» direkt als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 236/2022](#)), wünscht sich die Kommissionsmehrheit (8 zu 7 Stimmen) beim Postulat betreffend «Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Schulen» eine Abschreibung mit einer anderslautenden Stellungnahme ([KR-Nr. 82/2022](#)). Mit dem Postulat forderten SP, FDP, GLP, Grüne, Mitte, EVP und AL, dass der Regierungsrat die Prävention gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch die Verankerung entsprechender Schutzkonzepte in Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung stärken soll. Der Regierungsrat verweist darauf, dass er die Erarbeitung von Schutzkonzepten bereits finanziell sowie mit Beratung und Unterlagen breit unterstütze. Er könne die Schulbehörden aber nicht zur Erarbeitung verpflichten. Der Mehrheit der Kommission genügt dies nicht. In der anderslautenden Stellungnahme hält sie an der Forderung fest, dass an allen Schulen und Einrichtungen der schulischen Betreuung Schutzkonzepte zu erarbeiten sind. Die Minderheit der Kommission (SVP, FDP, Mitte) ist der Meinung, dass der Kanton seine Verantwortung bereits stufengerecht wahrnimmt, und beantragt, das Postulat direkt abzuschreiben.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit SVP: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

### **Vorstösse zu Geschichtsunterricht, KI, Lehrberuf und leistungsstarken Jugendlichen**

In der allfällig verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Bildungsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler hat dem Regierungsrat verschiedene Fragen zum Geschichtsunterricht in der Volksschule gestellt ([KR-Nr. 37/2023](#)). Mit der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates im Rat ist die Interpellation erledigt. Anschliessend stehen drei Postulate auf der Traktandenliste, die der Regierungsrat entgegennehmen wollte. Sie hätten also bei der ersten Behandlung dieser Vorstösse diskussionslos der Regierung überwiesen werden können. Weil aber jeweils mindestens ein Ratsmitglied eine Diskussion verlangt hat, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig möchte, dass der Regierungsrat die möglichen Auswirkungen von KI-Anwendungen auf den Lehrauftrag an Schulen und Bildungsinstituten wie Universitäten und Hochschulen oder in der Ausbildung von Lehrpersonen evaluiert ([KR-Nr. 71/2023](#)). Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma möchte mit Unterstützung von SP und AL den Lehrberuf an der Volksschule mit Laufbahnmodellen attraktiver machen ([KR-Nr. 91/2023](#)). Und die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) möchte, dass ein

Förderprogramm für besonders begabte Jugendliche mit Migrationshintergrund oder fremdsprachigen Eltern langfristig sichergestellt wird ([KR-Nr. 177/2013](#)).

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) 079 661 51 49

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.  
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12